

20 MINUTEN-/TAMEDIA- ABSTIMMUNGSUMFRAGE



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 25. September 2022
Auswertung 1. Umfragewelle
Sperrfrist: 10. August, 6.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Resultate	2
1 Massentierhaltungsinitiative	7
1.1 Unterstützung nach Geschlecht	8
1.2 Unterstützung nach Parteien	9
1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	10
1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	11
1.5 Unterstützung nach Alter	12
1.6 Argumente	13
1.7 Zusatzauswertung: Glaubwürdige Schätzung	14
2 Zusatzfinanzierung der AHV	15
2.1 Unterstützung nach Geschlecht	16
2.2 Unterstützung nach Parteien	17
2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	18
2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	19
2.5 Unterstützung nach Alter	20
2.6 Argumente	21
3 AHV-Bundesgesetz	22
3.1 Unterstützung nach Geschlecht	23
3.2 Unterstützung nach Parteien	24
3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	25
3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	26
3.5 Unterstützung nach Alter	27
3.6 Argumente	28
4 Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer	29
4.1 Unterstützung nach Geschlecht	30
4.2 Unterstützung nach Parteien	31
4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	32
4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	33
4.5 Unterstützung nach Alter	34
4.6 Argumente	35
5 Technische Details	36
6 Statistische Unschärfe	36
7 Methodik der offenen <i>design</i>-basierten Umfragen	38
8 Wie genau sind Abstimmungsfragen in der Schweiz?	39



Zusammenfassung der Resultate: Starker Unterschied zwischen den Geschlechtern in den Stimmabsichten

Im September 2022 werden der Schweizer Stimmbevölkerung vier nationale Vorlagen vorgelegt: Die Massentierhaltungsinitiative, die AHV-Reform – die aus zwei Vorlagen besteht – sowie die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer. Bei allen vier Vorlagen zeigt sich ein sehr stark ausgeprägter Unterschied zwischen den Geschlechtern. Am deutlichsten ist der Geschlechtergraben beim AHV-Bundesgesetz, das die Erhöhung des Rentenalters der Frauen vorsieht. Zudem polarisieren alle Vorlage nach dem link-rechts Muster. Gemäss der 1. Umfrage würden Anfangs August beide AHV-Reformen angenommen werden (die Zustimmung bei der Zusatzfinanzierung beträgt 58% und bei der Erhöhung des Rentenalters der Frauen 53%). Die Massentierhaltungsinitiative wird von einer Mehrheit unterstützt (55% Ja, 43% Nein und 2% Unentschiedene), wobei Initiativen typischerweise mit guten Zustimmungswerten starten. Beim Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer ist das Nein-Lager deutlich im Vorsprung. Auffallend ist bei dieser Vorlage der hohe Anteil an Unentschiedenen.

Massentierhaltungsinitiative

Stand heute unterstützen 55% die Massentierhaltungsinitiative (43% sind dagegen und 2% machen noch keine Angaben zu ihren Stimmabsichten, siehe Seite 7). Zustimmung findet die Vorlage bei den Frauen (64% Ja, Seite 8) sowie den Sympathisant*innen der Grünen, SP und GLP (Seite 9). Dagegen sind die Wähler*innen der SVP, FDP und Mitte, sowie die ländliche Bevölkerung (siehe Seite 11). Das meistgenannte Argument der Befürworter*innen ist, dass ein Grossteil der Tiere in grossen Gruppen auf engem Raum gehalten werde und meist keinen Zugang ins Freie habe. Das müsse sich grundsätzlich ändern. Für die Gegner*innen ist das stärkste Argument, dass die Schweiz bereits eines der strengsten Tierschutzgesetze habe und es keine weiteren Vorschriften brauche (Seite 13).

AHV-Reform Teil 1: Zusatzfinanzierung

Zum ersten Teil der AHV-Reform würden aktuell 58% der Stimmbevölkerung mit Ja stimmen (38% sprechen sich gegen die Vorlage aus und 4% machen keine Angaben zu ihren Stimmabsichten, siehe Seite 15). Bei den Frauen ist die Zustimmung bei 50% und bei den Männern bei 65%. Eine deutliche Mehrheit der Sympathisant*innen der Mitte, FDP und GLP unterstützt die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Gespalten ist die SVP-Wählerschaft, während eine relative Mehrheit der Sympathisant*innen der SP und Grünen den Bundesbeschluss ablehnt (Seite 17). Die Vorlage wird stärker in der Deutschschweiz unterstützt im Vergleich zur Romandie (Seite 18). Die Zustimmung ist in der ältesten Altersgruppe am höchsten (Seite 20).

Für die Befürworter*innen gibt es zwei Hauptargumente. Zum einen, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer alle Generationen betreffe und so nicht nur Erwerbstätige einen Beitrag zur Sicherung der AHV leisten. Zum anderen sei die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozentpunkte sozi-



alverträglich und für die einzelnen Konsument*innen verkraftbar. Auf der anderen Seite argumentieren Gegner*innen der Vorlage, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Kaufkraft zusätzlich senke und anstelle einer solchen Erhöhung lieber die Gewinne der Nationalbank zu einem Teil an die AHV gehen sollten (Seite 21).

AHV-Reform Teil 2: AHV-Bundesgesetz

Auch dem zweiten Teil der AHV-Reform, der Erhöhung des Rentenalters für Frauen, würde Anfangs August eine Mehrheit zustimmen, wobei die Zustimmung tiefer liegt und die Unterschiede in der Wählerschaft zwischen links und rechts und insbesondere auch zwischen den Geschlechtern ausgeprägter ist. Aktuell sprechen sich 53% für das Bundesgesetz aus, 44% sind dagegen und 3% machen keine Angaben zu ihren Stimmabsichten (Seite 22). Die Vorlage wird von den Frauen und den Sympathisant*innen der SP und Grünen sehr deutlich abgelehnt. In der bürgerlichen Wählerschaft ist die Unterstützung bei der SVP-Basis in der ersten Umfragewelle am tiefsten (siehe Seite 24). Auch wenn der Geschlechterunterschied nicht überrascht, so ist das Ausmass durchaus bemerkenswert: Nur 36% der Frauen wollen der Vorlage zustimmen, während der Ja-Anteil bei den Männern mit 71% um 35 Prozentpunkte höher liegt (siehe Seite 23). Ebenfalls abgelehnt wird die Erhöhung des Rentenalters von der am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppe der 50-64-Jährigen (58% Nein), während die Zustimmung bei den jüngsten und ältesten Stimmenden am höchsten ist (58% und 65% Ja, Seite 27).

Das stärkste Argument für die Befürworter*innen ist, dass mit der zunehmenden Gleichstellung der Geschlechter, Frauen gleich lange arbeiten sollen wie Männer. Die Gegner*innen der Vorlage lehnen die Erhöhung hauptsächlich ab, weil mit der AHV 21 auf Kosten der Frauen gespart werden solle, obwohl Frauen bereits heute ein Drittel weniger Rente als Männer erhalten (Seite 28).

Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer

Das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer findet gemäss der ersten Umfragewelle keine Mehrheit (30% sagen Ja, 51% Nein) - wobei fast ein Fünftel der Befragten noch keine Angaben zu Ihren Stimmabsichten macht (Seite 29). Die Vorlage wird sehr deutlich im links-grünen Lager abgelehnt und findet zum aktuellen Zeitpunkt einzig bei den Sympathisant*innen der FDP eine Mehrheit (Seite 31). Auch bei dieser Vorlage gibt es einen Geschlechterunterschied: Nur 25% der Frauen wollen Ja stimmen, während 37% der Männer das Bundesgesetz unterstützen (Seite 30). Die Befürworter*innen sind insbesondere für die Vorlage, weil die künftige OECD- Mindestbesteuerung Staaten wie die Schweiz schwäche. Eine Abschaffung der Verrechnungssteuer kompensiere diesen Nachteil teilweise. Weiter sind die Befürworter*innen der Meinung, dass die Verrechnungssteuer lediglich dazu führe, dass Steuereinnahmen und Arbeitsplätze ins Ausland verschenkt würden und die Reform Zugang zu günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten schaffe. Die Gegner*innen lehnen die Vorlage aus verschiedenen Gründen ab: Die Abschaffung der Verrechnungssteuer sei eine weitere Steuervorlage, die einseitig das Kapital auf Kosten der Bevölkerung bevorzugen, die Kosten der Steuerausfälle würden von der Bevölkerung getragen und die Abschaffung fördere die Steuerkriminalität für Vermögende im In- und Ausland (Seite 35).



Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 16'341 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modellierten Antworten von Umfrageteilnehmer*Innen (11'569 aus der Deutschschweiz, 4'314 aus der Romandie und 458 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 3. – 4. August 2022
- Auswertungszeitraum: 5. – 8. August 2022
- Stichproben-Fehlerbereich: $\pm 1.3\%$ Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Wahlumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 Minuti

Kontakt

Eliane Loum-Gräser, Medienverantwortliche 20 Minuten
+41 44 248 41 34, eliane.loum@20minuten.ch

Projektleitung: Christoph Zimmer, christoph.zimmer@tamedia.ch
Projektkoordination: Jean-Claude Gerber, jean-claude.gerber@20minuten.ch, Jacqueline Büchi, jacqueline.buechi@tamedia.ch, Edgar Schuler, edgar.schuler@tamedia.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch),
Thomas Willi (willi@leewas.ch)



Über 20 Minuten

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe der Region Zürich lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zum reichweitenstärksten Schweizer Medientitel mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. In acht gedruckten Lokalausgaben fünfmal die Woche und digital rund um die Uhr informiert und unterhält 20 Minuten in drei Sprachen mit Geschichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Auf den digitalen Kanälen bietet 20 Minuten auch Bewegtbild, Audio-Formate, Radio und weitere zukunftsweisende Technologien. 20 Minuten ist ein Teil der TX Group und umfasst 20 Minuten, 20 minutes und 20 minuti, 20 Minuten Radio, lematin.ch, Encore und die Beteiligungen im Ausland (Lessentiel in Luxemburg und Heute in Österreich).

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören die drei grössten Zeitungsdruckereien der Schweiz zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende:

<https://www.tamedia.ch/de/unternehmen/newsroom/medienmitteilungen>



1 Massentierhaltungsinitiative

Tabelle 1: Werden Sie für die Massentierhaltungsinitiative stimmen?

	%	
Ja	40	} 55
Eher Ja	15	
Eher Nein	10	} 43
Nein	33	
Keine Angabe	2	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



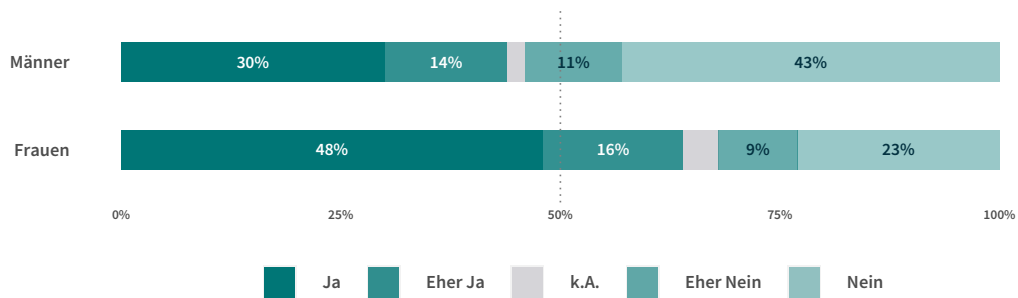
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für die Massentierhaltungsinitiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	30	48
Eher Ja	14	16
Eher Nein	11	9
Nein	43	23
Keine Angabe	2	4
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



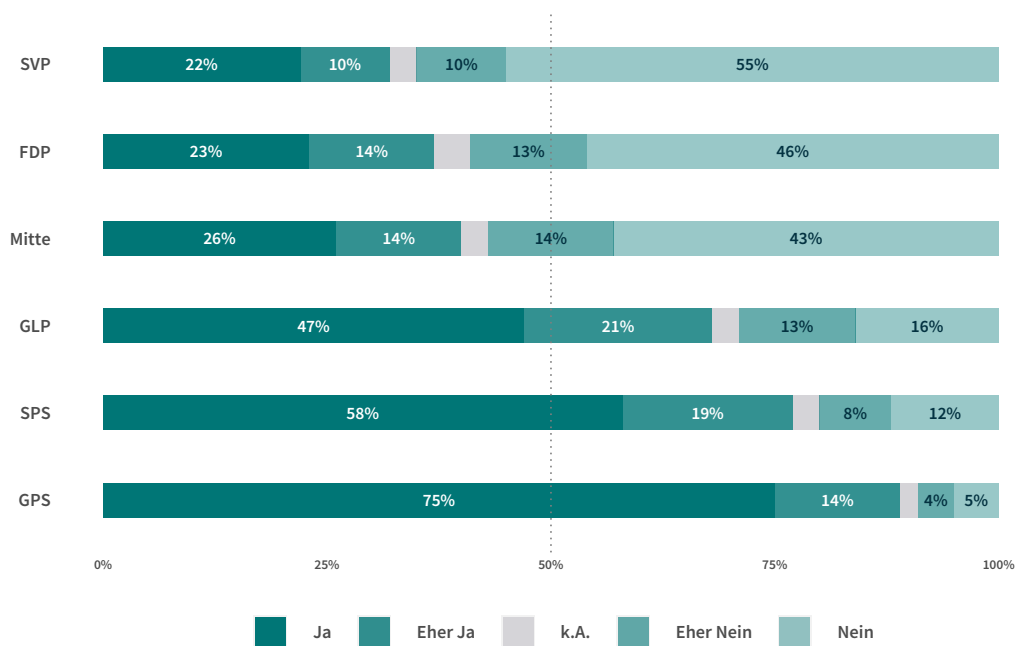
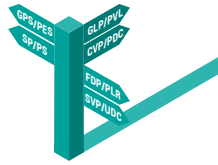
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für die Massentierhaltungsinitiative stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	23	26	58	22	75	47
Eher Ja	14	14	19	10	14	21
Eher Nein	13	14	8	10	4	13
Nein	46	43	12	55	5	16
Keine Angabe	4	3	3	3	2	3
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	3



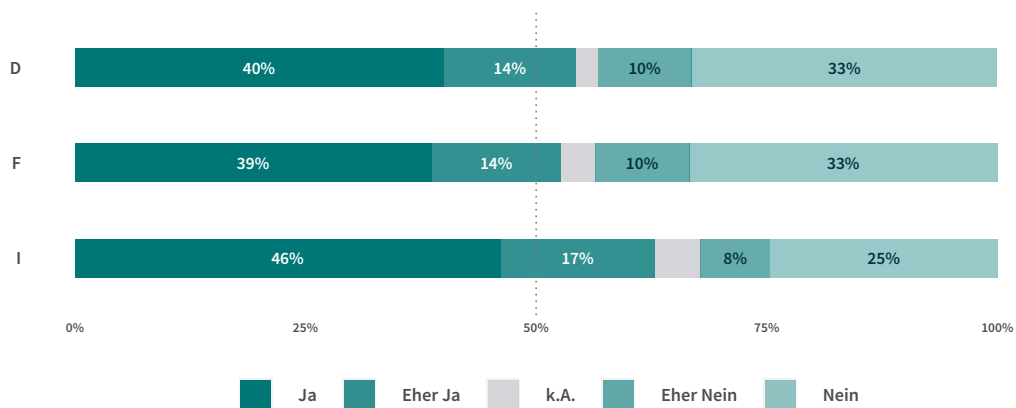
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für die Massentierhaltungsinitiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	40	39	46
Eher Ja	14	14	17
Eher Nein	10	10	8
Nein	33	33	25
Keine Angabe	3	4	4
Statistische Unschärfe (±)	1	2	5



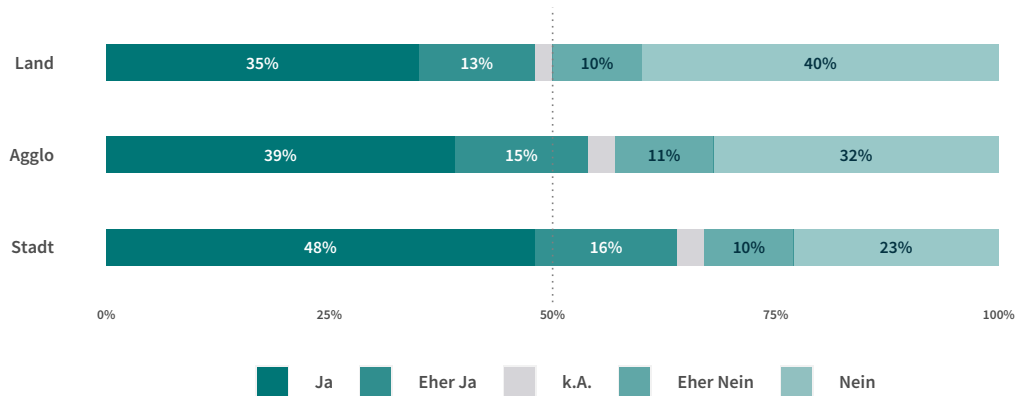
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für die Massentierhaltungsinitiative stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	48	39	35
Eher Ja	16	15	13
Eher Nein	10	11	10
Nein	23	32	40
Keine Angabe	3	3	2
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2	2



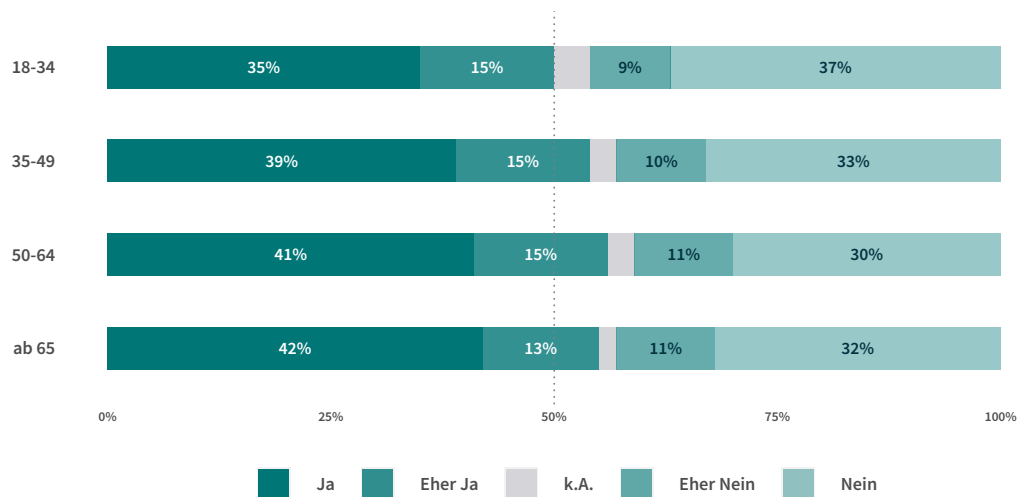
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für die Massentierhaltungsinitiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	35	39	41	42
Eher Ja	15	15	15	13
Eher Nein	9	10	11	11
Nein	37	33	30	32
Keine Angabe	4	3	3	2
Statistische Unsicherheit (\pm)	3	3	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 7: Welches Argument spricht am ehesten für die Massentierhaltungsinitiative?

	%
Ein Grossteil der Tiere wird in grossen Gruppen auf engem Raum gehalten und hat meist keinen Zugang ins Freie. Das muss sich grundsätzlich ändern.	48
Die Massentierhaltung fördert den Antibiotikaeinsatz und begünstigt Antibiotikaresistenzen, was für den Menschen eine Gefahr darstellt.	19
Da auch importierte Tierprodukte Bio-Standards genügen müssten, würden ausländische Lieferanten gezwungen, tierfreundlicher zu produzieren.	17
Um das Tierleid bei der Schlachtung zu reduzieren braucht es kurze Transportwege und schonende Schlachtmethoden.	11
Ein anderes	4
Keines	1

Tabelle 8: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Massentierhaltungsinitiative?

	%
Die Schweiz hat im weltweiten Vergleich bereits eines der strengsten Tierschutzgesetze. Es braucht keine weiteren Vorschriften.	58
Die Konsument*innen können bereits heute Tierprodukte im geforderten Bio-Standard kaufen, wobei das Angebot die Nachfrage sogar übersteigt.	19
Die Produktion im Inland würde zurückgehen, was den Selbstversorgungsgrad der Schweiz reduziert.	13
Die Preise für tierische Lebensmittel würden deutlich teurer werden.	7
Ein anderes	1
Keines	2

[↩ Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.7 Zusatzauswertung: Glaubwürdige Schätzung

Das Nein-Komitee rund um den Schweizerischen Bauernverband warnt, dass die Preise tierischer Lebensmittel bei einer Annahme der Massentierhaltungsinitiative um bis zu 40 Prozent steigen werden. Halten Sie diese Schätzung für glaubwürdig?

Tabelle 9

	%
Ja, das ist realistisch	43
Nein, die Preise werden weniger stark steigen	43
Nein, ich rechne mit höheren Preissteigerungen	5
Weiss nicht	9
Statistische Unschärfe (\pm)	1

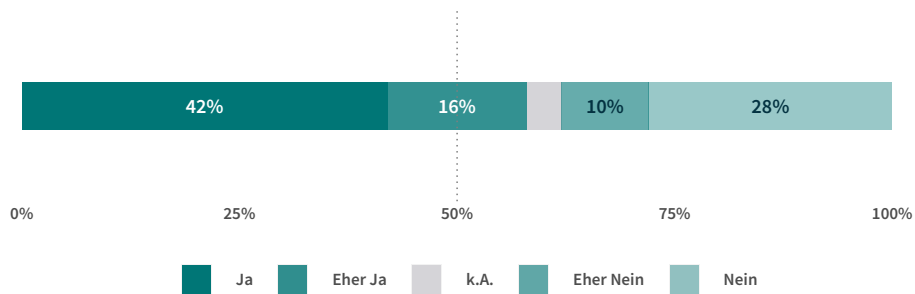
[↩ Zurück zur Zusammenfassung](#)



2 Zusatzfinanzierung der AHV

Tabelle 10: Werden Sie für die Zusatzfinanzierung der AHV stimmen?

	%	
Ja	42	} 58
Eher Ja	16	
Eher Nein	10	} 38
Nein	28	
Keine Angabe	4	
Statistische Unschärfe (\pm)		1



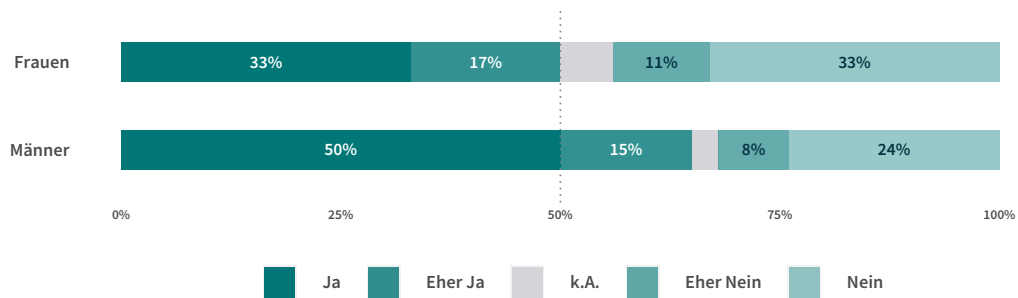
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 11: Werden Sie für die Zusatzfinanzierung der AHV stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	50	33
Eher Ja	15	17
Eher Nein	8	11
Nein	24	33
Keine Angabe	3	6
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



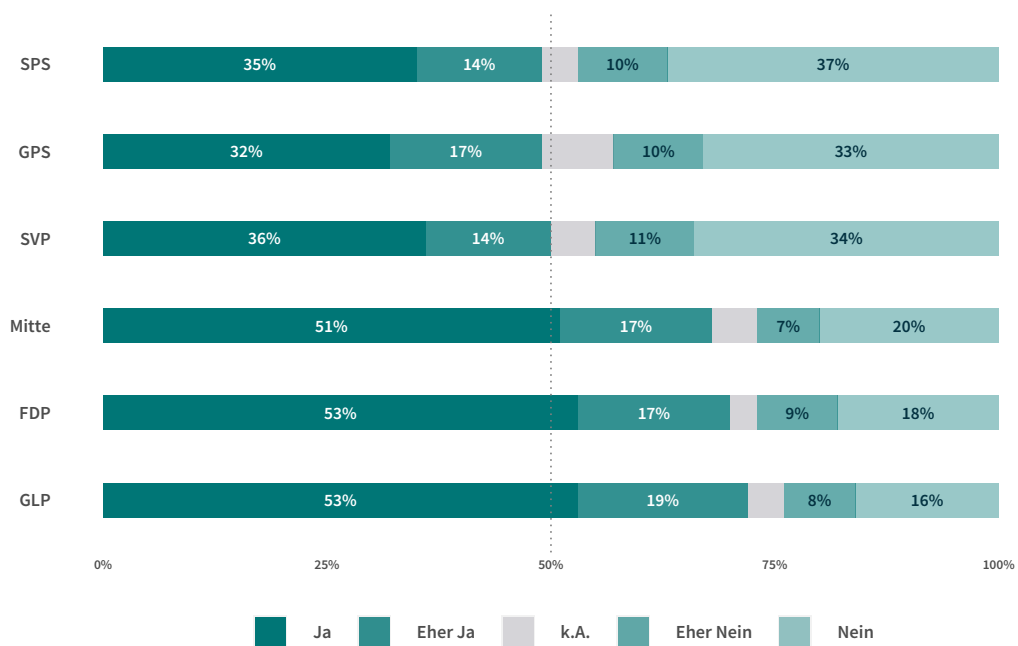
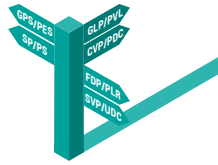
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 12: Werden Sie für die Zusatzfinanzierung der AHV stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	53	51	35	36	32	53
Eher Ja	17	17	14	14	17	19
Eher Nein	9	7	10	11	10	8
Nein	18	20	37	34	33	16
Keine Angabe	3	5	4	5	8	4
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	3



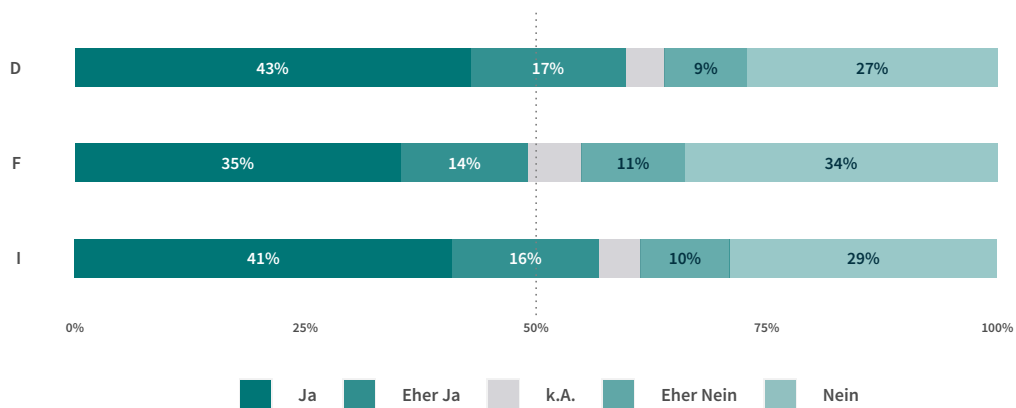
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 13: Werden Sie für die Zusatzfinanzierung der AHV stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	43	35	41
Eher Ja	17	14	16
Eher Nein	9	11	10
Nein	27	34	29
Keine Angabe	4	6	4
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



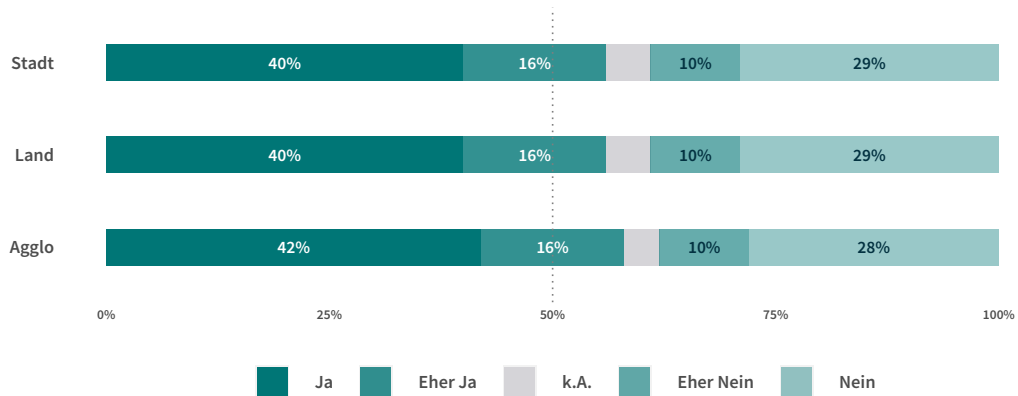
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 14: Werden Sie für die Zusatzfinanzierung der AHV stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	40	42	40
Eher Ja	16	16	16
Eher Nein	10	10	10
Nein	29	28	29
Keine Angabe	5	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2	2



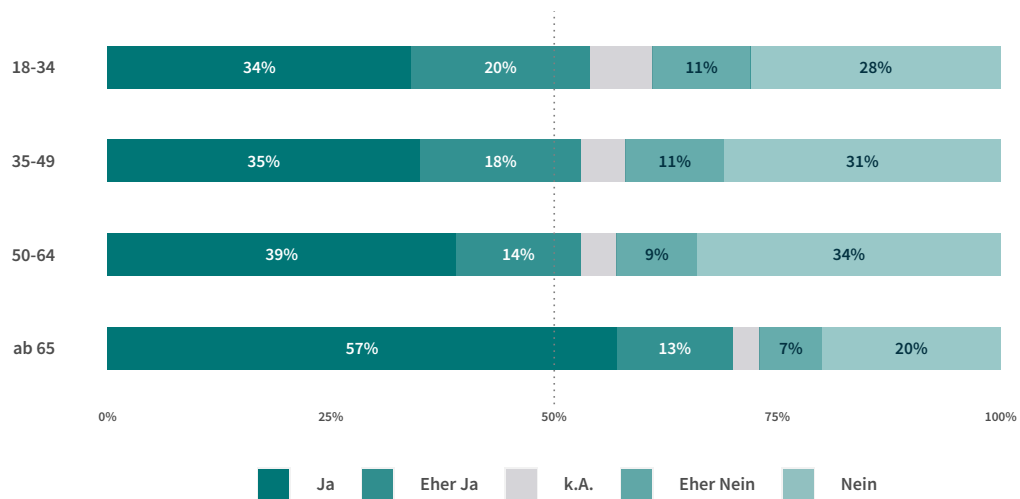
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 15: Werden Sie für die Zusatzfinanzierung der AHV stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	34	35	39	57
Eher Ja	20	18	14	13
Eher Nein	11	11	9	7
Nein	28	31	34	20
Keine Angabe	7	5	4	3
Statistische Unscharfe (±)	3	3	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 16: Welches Argument spricht am ehesten für die Zusatzfinanzierung der AHV?

	%
Über die Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten alle Generationen, also nicht nur Erwerbstätige sondern zum Beispiel auch Rentner*innen, ihren Beitrag zur Sicherung der AHV.	41
Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte ist sozialverträglich und für die einzelnen Konsument*innen verkraftbar.	39
Die geplanten Einsparungen reichen nicht, um die Finanzen der AHV zu stabilisieren und die Renten zu sichern.	17
Keines	2
Ein anderes	1

Tabelle 17: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Zusatzfinanzierung der AHV?

	%
In einer Zeit steigender Preise senkt die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Kaufkraft zusätzlich.	33
Statt die Mehrwertsteuer zu erhöhen, sollten die Gewinne der Nationalbank zu einem Teil an die AHV gehen.	32
Hiesige Firmen schreiben rekordhohe Profite. Sie sollten mehr zur Finanzierung der AHV beitragen.	24
Keines	6
Ein anderes	5

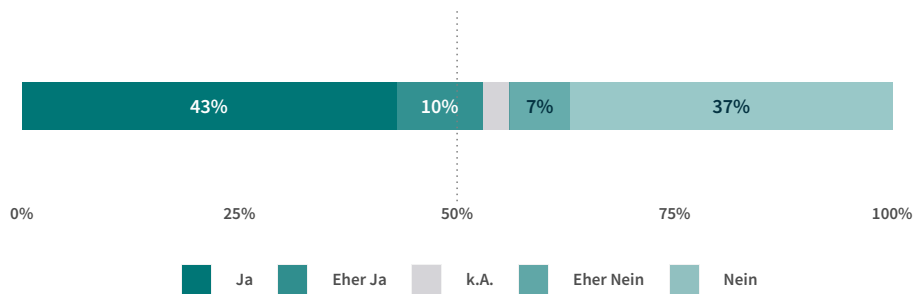
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3 AHV-Bundesgesetz

Tabelle 18: Werden Sie für das AHV-Bundesgesetz stimmen?

	%	
Ja	43	} 53
Eher Ja	10	
Eher Nein	7	} 44
Nein	37	
Keine Angabe	3	
Statistische Unschärfe (±)	1	



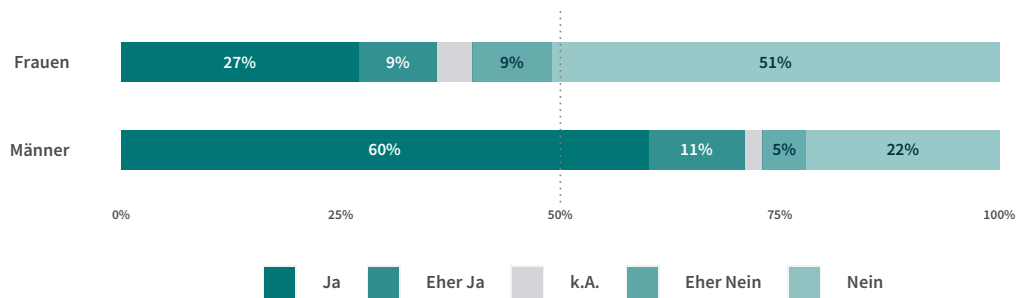
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 19: Werden Sie für das AHV-Bundesgesetz stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	60	27
Eher Ja	11	9
Eher Nein	5	9
Nein	22	51
Keine Angabe	2	4
Statistische Unschärfe (±)	2	2



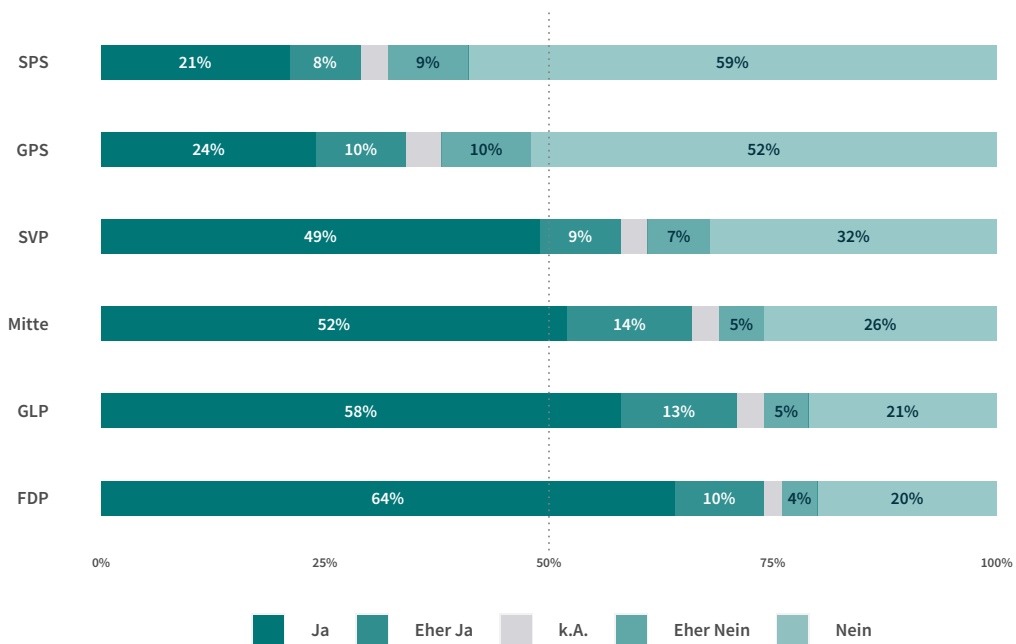
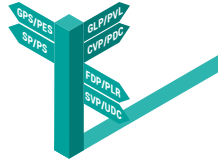
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 20: Werden Sie für das AHV-Bundesgesetz stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	64	52	21	49	24	58
Eher Ja	10	14	8	9	10	13
Eher Nein	4	5	9	7	10	5
Nein	20	26	59	32	52	21
Keine Angabe	2	3	3	3	4	3
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	3



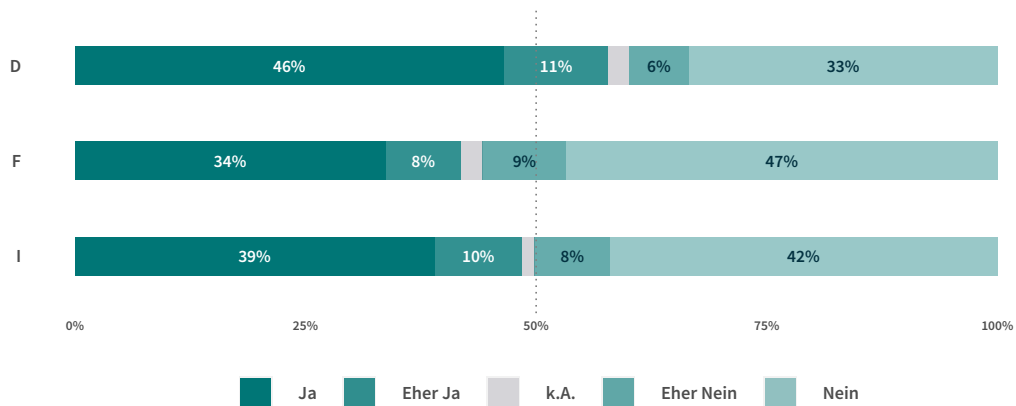
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 21: Werden Sie für das AHV-Bundesgesetz stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	46	34	39
Eher Ja	11	8	10
Eher Nein	6	9	8
Nein	33	47	42
Keine Angabe	4	2	1
Statistische Unschärfe (±)	1	2	5



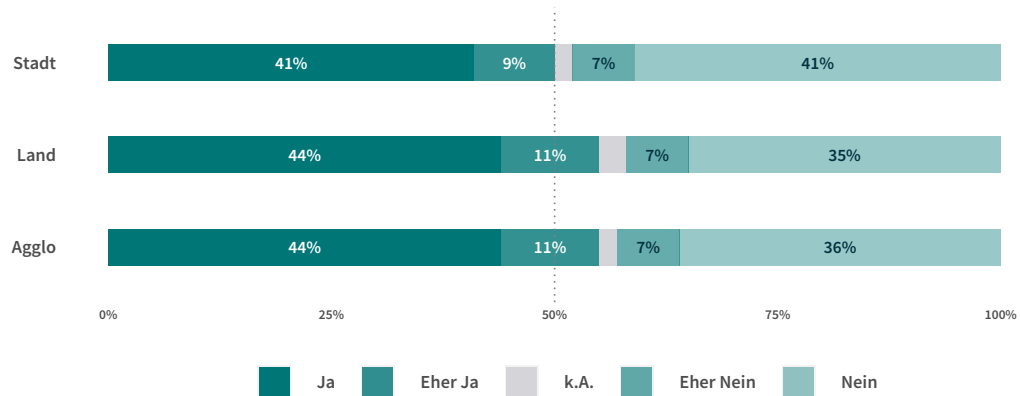
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 22: Werden Sie für das AHV-Bundesgesetz stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	41	44	44
Eher Ja	9	11	11
Eher Nein	7	7	7
Nein	41	36	35
Keine Angabe	2	2	3
Statistische Unschärfe (±)	2	2	2



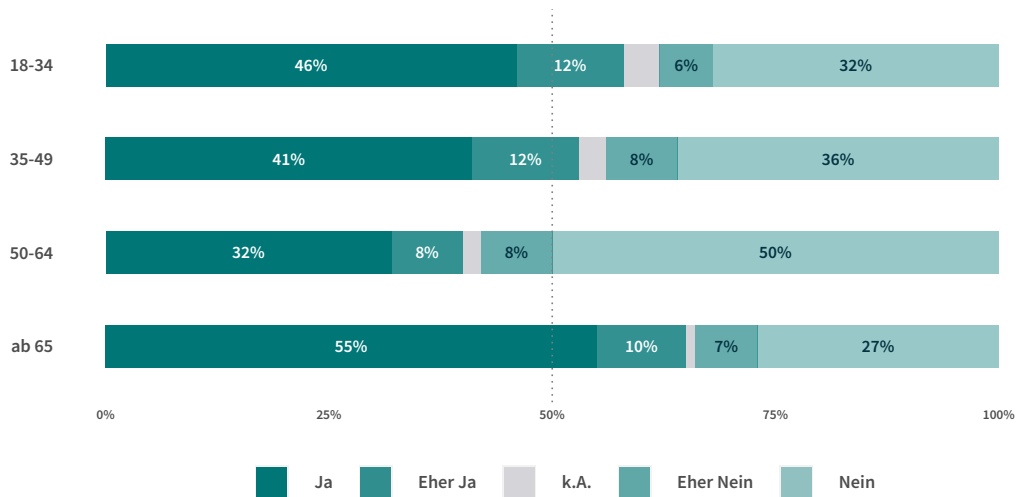
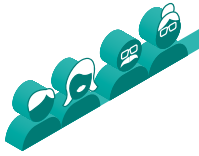
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 23: Werden Sie für das AHV-Bundesgesetz stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	46	41	32	55
Eher Ja	12	12	8	10
Eher Nein	6	8	8	7
Nein	32	36	50	27
Keine Angabe	4	3	2	1
Statistische Unsicherheit (\pm)	3	3	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 24: Welches Argument spricht am ehesten für das AHV-Bundesgesetz?

	%
Im Rahmen der zunehmenden Gleichstellung von Mann und Frau ist es gerechtfertigt, dass Frauen gleich lange arbeiten wie Männer.	52
Weil die Menschen immer älter werden, steigen die Ausgaben der AHV stärker als ihre Einnahmen. Ohne Reform drohen Rentenkürzungen.	32
Dank der Flexibilisierung des Rentenbezugs können Erwerbstätige länger als bis zum 65 Altersjahr arbeiten und somit ihre Rente verbessern.	14
Keines	1
Ein anderes	1

Tabelle 25: Welches Argument spricht am ehesten gegen das AHV-Bundesgesetz?

	%
Mit der AHV 21 soll auf Kosten der Frauen gespart werden, obwohl sie bereits heute ein Drittel weniger Rente als Männer erhalten.	63
Die Erhöhung des Rentenalters wird wegen schlechter Aussichten auf dem Arbeitsmarkt mehr Frauen in die Langzeitarbeitslosigkeit oder in die Sozialhilfe treiben.	14
Wird die Vorlage angenommen, droht als nächster Schritt die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre für alle.	14
Die AHV hat keine Schulden und schreibt schwarze Zahlen. Auch in Zukunft ist die AHV gut finanziert, wenn man die aktuellen Wachstumsprognosen beachtet.	7
Ein anderes	1
Keines	1

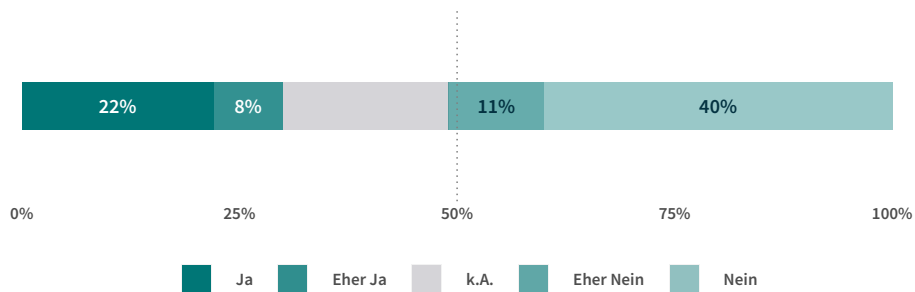
[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



4 Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer

Tabelle 26: Werden Sie für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer stimmen?

	%	
Ja	22	} 30
Eher Ja	8	
Eher Nein	11	} 51
Nein	40	
Keine Angabe	19	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



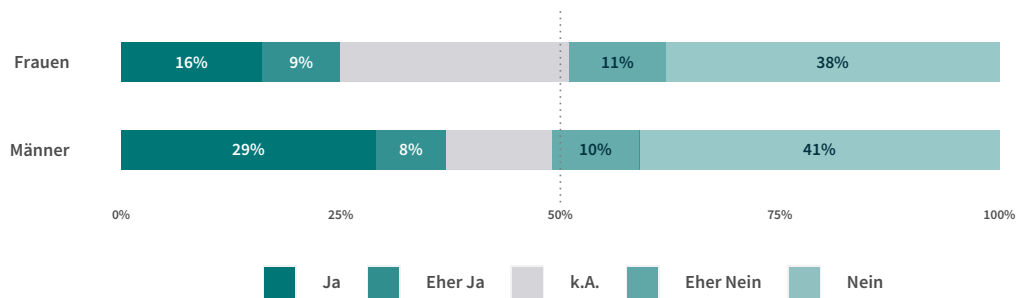
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 27: Werden Sie für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	29	16
Eher Ja	8	9
Eher Nein	10	11
Nein	41	38
Keine Angabe	12	26
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



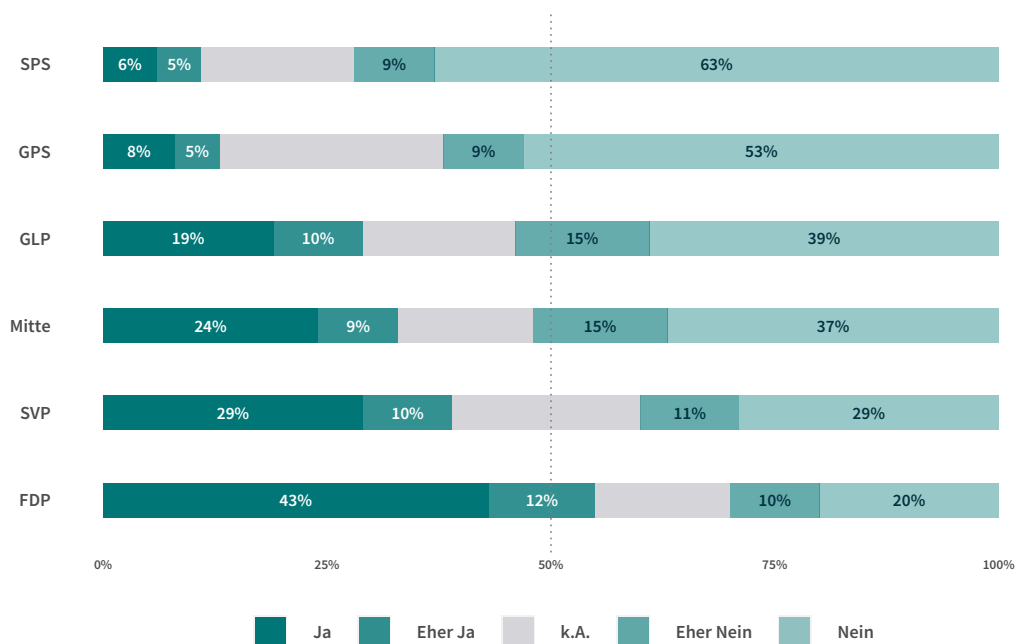
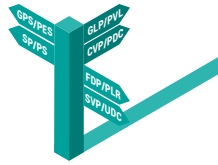
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 28: Werden Sie für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	43	24	6	29	8	19
Eher Ja	12	9	5	10	5	10
Eher Nein	10	15	9	11	9	15
Nein	20	37	63	29	53	39
Keine Angabe	15	15	17	21	25	17
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	3



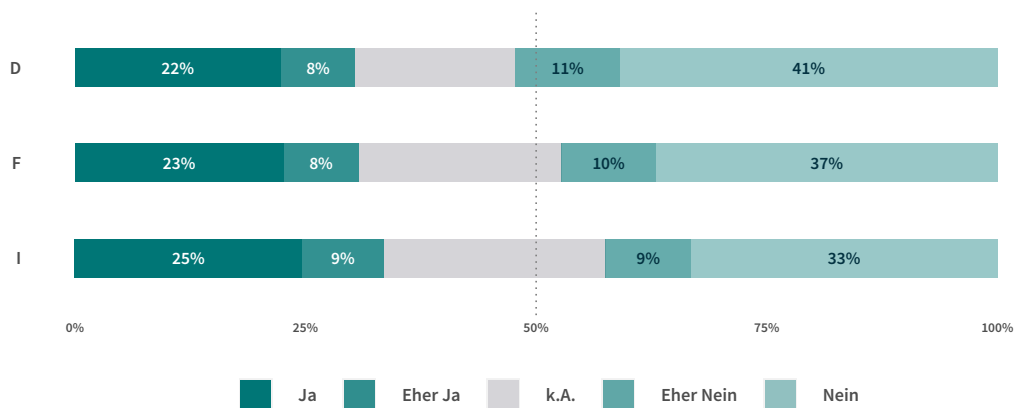
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 29: Werden Sie für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	22	23	25
Eher Ja	8	8	9
Eher Nein	11	10	9
Nein	41	37	33
Keine Angabe	18	22	24
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



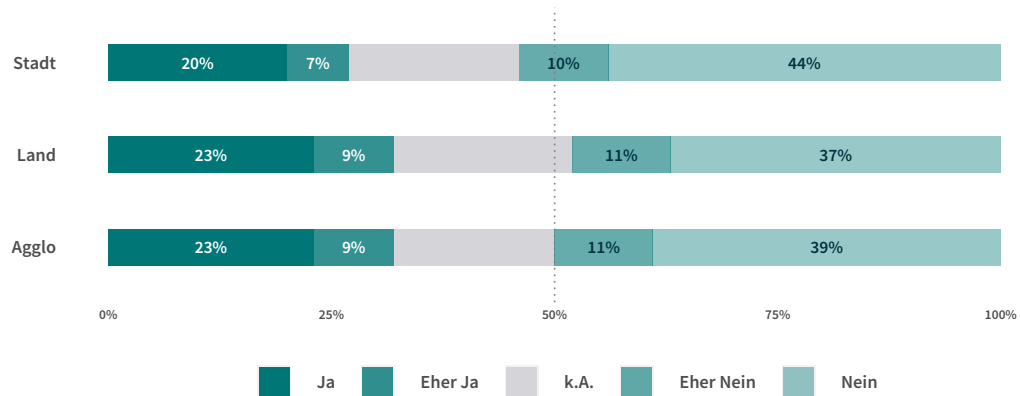
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 30: Werden Sie für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	20	23	23
Eher Ja	7	9	9
Eher Nein	10	11	11
Nein	44	39	37
Keine Angabe	19	18	20
Statistische Unschärfe (±)	2	2	2



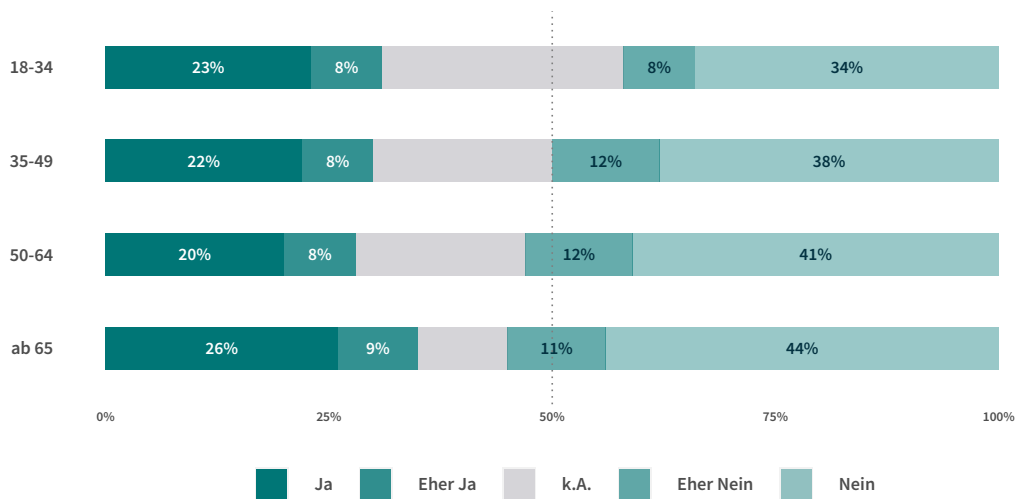
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 31: Werden Sie für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	23	22	20	26
Eher Ja	8	8	8	9
Eher Nein	8	12	12	11
Nein	34	38	41	44
Keine Angabe	27	20	19	10
Statistische Unschärfe (±)	3	3	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 32: Welches Argument spricht am ehesten für das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer?

	%
Die künftige OECD-Mindestbesteuerung schwächt Staaten wie die Schweiz. Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer wird dieser Nachteil teilweise kompensiert.	33
Die Reform schafft Zugang zu günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten. Davon profitieren auch Bund, Kantone und Gemeinden, indem sie Zinsen einsparen.	29
Die Verrechnungssteuer führt dazu, dass Schweizer Konzerne sich Geld im Ausland beschaffen. So werden Steuereinnahmen und Arbeitsplätze ins Ausland verschenkt.	29
Keines	5
Ein anderes	4



Tabelle 33: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer?

	%
Die Abschaffung der Verrechnungssteuer ist eine weitere Steuervorlage, die einseitig das Kapital auf Kosten der Bevölkerung bevorteilt.	36
Der Bund rechnet mit jährlichen Steuerausfällen von Hunderten Millionen Franken. Die Kosten trägt die Bevölkerung.	24
Die Verrechnungssteuer soll Steuerhinterziehung verhindern. Fällt sie weg, wird die Steuerkriminalität für Vermögende aus dem In- und Ausland gefördert.	22
Rund 200 Konzerne werden bei der Kapitalbeschaffung bevorzugt. KMU profitieren nicht, da sie sich nicht über Obligationen finanzieren.	15
Keines	2
Ein anderes	1

[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 16'341 UmfrageteilnehmerInnen (11'569 aus der Deutschschweiz, 4'314 aus der Romandie und 458 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α -Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.3\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 3. – 4. August 2022 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modelliert.

6 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 34, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 34: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht



zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



7 Methodik der offenen *design*-basierten Umfragen

In der Umfrageforschung gibt es zwei verschiedene Arten, wie Teilnehmende zur Befragung gelangen. Als Standard galt lange die Telefonumfrage, die auf der Theorie der Zufallsstichprobe aufbaut. Hier wurde eine sogenannte "repräsentative" Stichprobe von ca. 1'000 Teilnehmenden befragt. Die Analyse dieser Stichprobe war einfach, präzise und robust, solange jede Person dieselbe Wahrscheinlichkeit hatte, per Telefon befragt zu werden. Heute sind jedoch viele Personen kaum mehr telefonisch erreichbar und/oder möchten oft nicht an diesen Umfragen teilnehmen. Dass Personen, die erreichbar sind und an Befragungen teilnehmen, sich systematisch von jenen unterscheiden, die nicht erreichbar sind und nicht teilnehmen, führt zu erheblichen Problemen für die telefonischen Umfragen.

Diese Probleme sind bekannt und es wurden neue Methoden entwickelt, die einen anderen Ansatz verfolgen. Es handelt sich dabei um sogenannte *design*-basierte Umfragen. Der grösste Unterschied zu den Telefonumfragen ist zum einen die Grösse der Stichprobe und zum anderen die eingesetzten statistischen Modellierungsverfahren, welche bei Telefonumfragen nicht zur Anwendung kommen (siehe auch [Tabelle 35](#) für eine Gegenüberstellung der beiden Methoden). Wir haben diesen Ansatz 2014 in der Schweiz eingeführt und dadurch die Qualität der politischen Umfragen der Schweiz nachhaltig verbessert (siehe beispielsweise die damalige Berichterstattung: [NZZ, Die Zeit, Südostschweiz](#)).

Eine weitere Unterscheidung ist, ob Umfragen offen oder geschlossen sind. Bei offenen Umfragen können im Prinzip alle Personen teilnehmen, was bei geschlossenen Befragungen nicht möglich ist – in diesem Falle erfolgt die Teilnahme über eine individuelle Einladung. Wir führen beide Befragungsarten durch, die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen führen wir jedoch offen durch, es können also alle Personen mit einem Internetzugang teilnehmen. Im Folgenden diskutieren wir die Logik der offenen Umfragen und die erforderliche statistische Modellierung für diese Form der Umfragen.

Bei offenen Umfragen nehmen Personen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich oft teil. Deshalb bedarf es einer komplexen statistischen Modellierung, um mögliche Verzerrungen auszugleichen. Das Augenmerk unserer Ansatzes liegt deshalb weniger auf der Erstellung der Stichprobe, sondern auf der statistischen Modellierung der Rohdaten. Dafür analysieren wir politische, geografische und demografische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren. Die theoretische Fundierung der modellbasierten Analyse orientiert sich unter anderem an der aktuellen Forschung zu Mehrebenenmodellen und Poststratifikation.² Unsere statistische Methode wertet in mehreren Schritten Daten über die Zusammensetzungen der Wähler*innenschaft im Vergleich zur Stichprobe aus. Skizzenhaft sieht dieser Prozess folgendermassen aus:

- Im ersten Schritt werden verschiedene Idealtypen definiert, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnen, einen Lehrabschluss haben und mit der FDP sympathisieren.
- Im zweiten Schritt schätzen wir Bayesianische Mehrebenenmodelle und berechnen für je-

²Lesen Sie dazu auch den folgenden Blogbeitrag [hier](#) oder die aufgelisteten Publikationen am Ende des Berichts.



den möglichen Idealtypen die erwartete Unterstützung.

- Im dritten Schritt berechnen wir die Unterstützung in der gesamten Stimmbevölkerung.

Unser Ansatz basiert auf unserer langjährigen akademischen Forschung, die wir in renommierten Fachzeitschriften publiziert haben (*American Political Science Review*, *American Journal of Political Science* und *Journal of Politics*). Insofern ist die Auswertung der 20-Minuten/Tamedia-Abstimmungs-umfragen ein Spin-off der universitären Forschung von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen. Die konkrete methodische Durchführung ist komplex, aber die Intuition der Methodik ist einfach: Der Fokus liegt nicht auf der Erstellung der "zufälligen" Stichprobe, sondern in der Auswertung der grossen Onlinestichprobe (in unserem Fall sind dies mehr als 10'000 Befragte).

Die Durchführung der statistischen Modellierung ist mit mehreren Modellierungsentscheidungen verbunden, welche wir permanent überprüfen und hinterfragen. Eine wichtige Annahme unserer Methode ist, dass sich beispielsweise die 18-35 jährigen Bernerinnen, die eine Berufslehre absolviert haben, in der Stadt leben, mit der FDP sympathisieren und an der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage teilnehmen, nicht systematisch von den 18-35 jährigen Bernerinnen mit denselben Merkmalen unterscheiden, die nicht an der Umfrage teilnehmen.³ Tabelle 35 fasst die wesentlichen Unterschiede in der Methodik von Online- und Telefonumfragen zusammen.

Tabelle 35: Vergleich Online- und Telefonumfragen

	Moderne Umfragen	Traditionelle Umfragen
Fokus	Bereinigung und Modellierung	Erstellung der pseudo-zufälligen Stichprobe
Theorie	Mehrebenenmodelle Poststratifikation	Zufallsstichprobe
Stärken	Funktioniert auch bei hoher non-response	einfach
Schwächen	Komplexe Modellierung notwendig	Zufallsstichproben sind unerreichbares Ideal

8 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?

Die Genauigkeit von Abstimmungsumfragen zu eruieren ist gar nicht so einfach, da sich die Unterstützung von Vorlagen über die Zeit verändert und in den letzten Tagen vor dem Abstimmungssonntag in der Schweiz keine Umfragen mehr publiziert werden. Grundsätzlich sind die etablierten Umfragen in der Schweiz von guter Qualität. Wichtig ist zudem, dass eine Mehrzahl von seriös durchgeführten Umfragen die Qualität insgesamt verbessert und den Informationsstand der Bevölkerung steigert. Elementar ist aus unserer Sicht, dass Umfragen öffentlich publiziert werden und nicht exklusiv einzelnen Interessengruppen für Ihre Kampagnen zur Verfügung stehen. Wenn Umfrageresultate als *res publica* für alle zugänglich, bieten diese eine demokratisch wertvolle

³Bei jungen Leuten ist diese Annahme wohl unproblematisch, nicht aber bei älteren Wähler*innen.



Orientierungshilfe. Trotzdem sollten Umfragen immer mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Gehen wir also zurück zur Frage, wie genau die Umfrageresultate eigentlich sind. Der folgende Vergleich soll es jeder Leser*in erlauben, sich ein eigenes Bild in Bezug auf die Qualität der etablierten Umfragen in der Schweiz zu machen. Hierzu vergleichen wir die Resultate unserer *design*-basierten Methode mit jener der SRG-Trendstudien, welches die andere regelmässige Umfrage im Vorfeld von eidgenössischen Vorlagen ist. Für diesen Vergleich setzen wir die Umfrageresultate dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis gegenüber. Dafür werden die letzten publizierten Werte mit dem Abstimmungsergebnis verglichen.⁴ Dieser Vergleich ist unter der Annahme informativ, dass sich die Meinungen in den letzten zwei Wochen vor der Abstimmung nicht mehr (oder nur minim) verändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft ist eine empirische Frage.

Tabelle 37 auf der folgenden Seite weist alle Ja-Stimmenanteile unserer letzten Umfrage (20 Minuten-/Tamedia), der letzten SRG-Trendumfrage und das tatsächliche Ergebnis für alle Abstimmungen seit Februar 2014 aus. Insgesamt zeigen die Resultate, dass es Abweichungen zwischen diesen beiden etablierten Umfragen und den tatsächlichen Abstimmungsergebnissen gibt.⁵ Der Verlauf über mehrere Umfragen ist oft hilfreich für eine genauere Approximation, aber solche Trendanalysen sind auch stark von Annahmen getrieben. Insgesamt unterstreichen diese Erkenntnisse wiederum die Notwendigkeit von mehreren Umfragen. Wir können uns nicht auf eine einzige Umfrage oder einen spezifischen Trend verlassen, sondern sollten alle verfügbaren Informationen interpretieren.

⁴In der Schweiz werden die letzten Werte jeweils zehn Tage vor dem jeweiligen Abstimmungssonntag veröffentlicht.

⁵Die durchschnittliche Abweichung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage ist mit 6.26%-Punkte leicht schlechter als jene der SRG Trendumfrage (6.19%-Punkte).



Tabelle 36: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat I

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Spekulationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	36	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	40	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	66	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Rentenreform	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
Finanzordnung	71	74	84	SRG Trendumfrage
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedelungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	61	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	57	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	43	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kindertrittbetr.	51	43	37	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampfjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage
KOVI	51	57	51	20 Minuten-/Tamedia
Verbot Kriegsmat-finanz.	41	50	43	20 Minuten-/Tamedia



Tabelle 37: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat II

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia Ja %	SRG Trendumfrage Ja %	Abstimmungsergebnis	Näher am Abstimmungsergebnis
Burkainitiative	59	49	51	SRG Trendumfrage
E-ID-Gesetz	42	42	36	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Handelsvertrag Indonesien	52	52	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Trinkwasser-Initiative	41	44	39	20 Minuten-/Tamedia
Pestizidverbot	42	47	39	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	69	64	60	SRG Trendumfrage
CO2-Gesetz	53	54	48	20 Minuten-/Tamedia
PMT	63	62	57	SRG Trendumfrage
99-Prozent-Vi	34	37	35	20 Minuten-/Tamedia
Ehe für alle	67	63	64	SRG Trendumfrage
Pflegeinitiative	72	67	61	SRG Trendumfrage
Justiz-Initiative	37	41	32	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	68	61	62	SRG Trendumfrage
VI Tierversuchsverbot	18	26	21	20 Minuten-/Tamedia
VI Tabakwerbeverbot	60	63	57	20 Minuten-/Tamedia
Abschaffung Stempelsteuern	35	39	37	SRG Trendumfrage
Medienförderung	42	46	45	SRG Trendumfrage
Filmgesetz	52	56	60	SRG Trendumfrage
Transplantationsgesetz	61	61	60	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Schengen Weiterentwicklung	64	69	71	SRG Trendumfrage



Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autoren

Lucas Leemann ist Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg und als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi hat an der Universität Zürich doktort und unterrichtet statistische Kurse zu Datenvisualisierung und Modellierungen. Er hat seine Doktorarbeit zur statistischen Modellierung politischer Entscheidungsprozesse von Bürger*innen und zu künstlicher Intelligenz geschrieben.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.